

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2496/08
von Eija-Riitta Korhola (PPE-DE)
an die Kommission

Betrifft: Einbeziehung der EFTA-Staaten in das Emissionshandelssystem der EU

Am 26. Oktober 2007 wurde die EHS-Richtlinie (2003/87/EG¹) in das EWR-Abkommen aufgenommen, weswegen die EFTA-Staaten nun zu gleichen Bedingungen wie die Mitgliedstaaten in das europäische Emissionshandelssystem einbezogen werden. Da die drei EFTA-Staaten nunmehr voll in den Binnenmarkt integriert sind und sich der Lösung von Umweltproblemen verschrieben haben, ist dies zu begrüßen. Allerdings sind auch unerwartete Probleme aufgetreten. So stehen beispielsweise einige Aspekte des norwegischen Zuteilungsplans deutlich im Widerspruch zur Umweltpolitik der Gemeinschaft und den europäischen Wettbewerbsvorschriften und wirken sich somit negativ auf die Branchen der EU aus, die in Norwegen investieren. So werden im Rahmen dieses Plans beispielsweise kostenlose Zertifikate nur Unternehmen zugeteilt, deren Anlagen bereits im Zeitraum 1998-2001 Emissionen ausgestoßen haben, während modernere Anlagen leer ausgehen. Diese Praxis kann ökologisch nicht begründet werden, da die Regelung alte Anlagen mit alten Technologien begünstigt, während moderne Anlagen mit den besten verfügbaren Technologien für Kosten aufkommen müssen, durch die sie ihre Wirtschaftlichkeit verlieren. Ein Beispiel dafür ist ein Steinbruch in Norwegen, dessen Kalkstein zu älteren Anlagen in Norwegen oder im Ausland transportiert werden muss und nicht in einer neuen Anlage in der Nähe des Steinbruchs verarbeitet werden darf. Dies verursacht nicht nur zusätzliche Emissionen, sondern auch Kosten für den betreffenden europäischen Industriezweig. Nach 2001 in gutem Glauben getätigte Investitionen haben sich somit nicht gelohnt. Die Zuteilung der kostenlosen Zertifikate gemäß dem norwegischen Zuteilungsplan verzerrt den Wettbewerb und verhindert ausländische Investitionen in Norwegen, was sich entsprechend auf die Umwelt auswirkt. Der Zuteilungsplan stimmt nicht mit den grundlegenden Überlegungen, die der EHS-Richtlinie zugrunde liegen, überein und behindert das reibungslose Funktionieren des Systems. Er beruht offenbar auf der Zielsetzung, dass nach 2012 keine Zertifikate mehr kostenlos erteilt werden sollen, was nicht der EU-Politik für den nächsten Handelszeitraum entspricht, in dem die Zertifikate gemäß gemeinsamen, gemeinschaftsweiten Regelungen kostenlos zugeteilt werden. Die Sache wird sehr kompliziert, wenn mit den Nationalen Zuteilungsplänen von Drittstaaten, die an das europäische EHS gekoppelt sind, Strategien verfolgt werden, die gegen die grundlegenden Wettbewerbsregeln verstoßen und mit wichtigen Aspekten der einschlägigen Gemeinschaftspolitik unvereinbar sind.

Sind der Kommission die Probleme bekannt, die der norwegische Zuteilungsplan für die europäische Industrie und das gemeinsame Ziel der Emissionssenkung heraufbeschwören kann, was mit Auswirkungen auf das reibungslose Funktionieren und die Zukunft des europäischen EHS verbunden ist?

Hat die Kommission in Anbetracht der Erweiterung des EHS in den nächsten Jahren eine Lösung, wie sich ähnliche Probleme bewältigen lassen, die in der europäischen Industrie entstehen können, wenn das Emissionshandelssystem auch auf Drittstaaten angewandt wird?

¹ ABI. L 275 vom 25.10.2003, S. 32.